

POLITIK / Erfahrungsbericht

„Direkte Demokratie hilft sparen“

Bayrischer Minister Beckstein: Bürgerbeteiligung erhält Demokratie vital und lebendig

Brixen (ros) – Bayern hat als erstes deutsches Bundesland 1946 das Volksbegehren in die Verfassung aufgenommen. 1995 wurden Bürgerentscheide auch auf Gemeindeebene eingeführt. Der Freistaat kann also auf eine lange Tradition der direkten Bürgerbeteiligung zurückblicken. „Wir haben damit nur gute Erfahrungen gemacht“, berichtete gestern der bayrische Innenminister Günther Beckstein in Brixen.

Auf Landesebene sind in Bayern Volksbegehren und Volksentscheid verfassungsmäßig abgesichert. Während es für den Zulassungsantrag nur 25.000 frei gesammelte Unterschriften braucht, muss sich für das Volksbegehren jeder zehnte stimmberechtigte Bürger aussprechen. „Das bedeutet, dass sich innerhalb von 14 Tagen 800.000 Bürger in die Listen eintragen müssen, was dann doch eine beträchtliche Hürde darstellt“, sagte Beckstein.

„Wenn die CSU 40 Jahre lang die absolute Mehrheit in Bayern halten konnte, so half ihr dabei auch die direkte Demokratie.“ Denn immer dann, wenn besonders kritische Entscheidungen anstanden, hat die Bevölkerung selbstbestimmend eingegriffen. Außerdem bewirke die direkte Demokra-

Lobte in Brixen die Vorzüge der direkten Demokratie: der bayrische Minister Günther Beckstein (rechts), daneben Arthur Scheidle, Bürgermeister von Klausen, dahinter Karl Berger von der Initiative für mehr Demokratie.

Foto: „D“/ros



tie, dass die Entfernung zwischen „politischer Klasse“ und Bevölkerung nicht zu groß wird, und das wiederum schlägt sich in höherer Wahlbeteiligung nieder.

Auch in den Gemeinden haben sich die Instrumente der direkten Bürgerbeteiligung bewährt. In den 2078 bayrischen Gemeinden standen seit 1995 rund 1400 Bürgerbegehren an, die dann in 800 Fällen zu einem

Bürgerbescheid geführt haben. Diese betrafen vor allem öffentliche Infrastrukturen, Bauleitpläne und Verkehrsprojekte. Und – so Beckstein – die direkte Bürgerbeteiligung hilft den Gemeinden sparen. „Häufig geht es um nicht erwünschte oder zu groß geplante Bauten“, berichtete er. Das habe dazu geführt, dass in den Gemeinden jetzt bereits vor der Planung mehr diskutiert und mehr Überzeu-

gungsarbeit geleistet wird. Die bayrischen Bürgermeister möchte auf diese Instrumente der direkten Bürgerbeteiligung nicht mehr verzichten, betonte Beckstein. Auch seien die Befürchtungen nicht eingetreten, dass die Gemeinderäte in ihren Rechten und Befugnissen beschnitten würden. Im Gegenteil: Bürgerbeteiligung erhält die Demokratie lebendig und vital, so Beckstein.